



Suchergebnisse: Überfremdung

1628 – Die Marianische Kongregation Maria, Königin der Engel

München * Die Marianische Deutsche Kongregation der Herren und Bürger zu Unserer Lieben Frauen Verkündigung beschließt aus Angst vor Überfremdung, keine Junggesellen mehr als Sodalen aufzunehmen, „sofern sie nit in fürstlichen Diensten, Herrn- oder Bürgers-Sohn seynd“. Daraufhin gründen die ledigen Mannspersonen eine eigene Kongregation unter dem Namen „Maria, Königin der Engel“.

16. März 1920 – Der Antisemitismus wird gewalttätig

München * Der Antisemitismus wird gewalttätig. Der konservative Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP) kündigt in seiner ersten Regierungserklärung an, gegen die „Überfremdung durch Stammesfremde“ einzuschreiten und erklärt die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“ zum Gebot der Stunde. Er meint damit den besonders verhassten „Teil der jüdischen Rasse“, die Ostjuden. Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner hält es für nicht ausgeschlossen, wenn „wegen der unerträglichen Teuerung etwas unternommen, etwa einige Juden aufgehängt würden“. Gegen die gewalttätigen und gewaltbereiten Antisemiten unternimmt die Münchner Polizei allerdings nichts. Nun wird die Situation für die jüdischen Mitbürger unerträglich. Viele verlassen die Stadt.

16. März 1920 – Antisemitische Hetze und zunehmende Gewalt

München * Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verschärft sich das politische Klima in München deutlich. Antisemitische Ressentiments treten zunehmend offen zutage und werden auch von führenden Vertretern des öffentlichen Lebens verbreitet. In seiner Regierungserklärung vom 16. März 1920 kündigt Ministerpräsident Gustav von Kahr Maßnahmen gegen die angebliche „Überfremdung durch Stammesfremde“ an und fordert die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“. Die Äußerungen richten sich insbesondere gegen die aus Osteuropa zugewanderten Juden, die verstärkt zum Ziel antisemitischer Hetze werden. Auch Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner fällt durch offen antisemitische Äußerungen auf und verharmlost Gewalt gegen Juden. Gleichzeitig gehen die Behörden nur unzureichend gegen antisemitische Übergriffe und gewaltbereite Gruppierungen vor. Für viele jüdische Münchnerinnen und



Münchner verschlechtert sich die Lebenssituation erheblich. Angesichts der zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen verlassen zahlreiche jüdische Familien die Stadt.
